Offener Brief

an den

Bundesrat

über die Veröffentlichungen des Eidgenössischen Finanzexperten, Privatdozent Dr. **E. Kellenberger,** Vize-Direktor des eidgenössischen Kassen- und Rechnungswesens

gegen die Freigeldlehre

3. und 4. Tausend

Bern 1932 - Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern

Geleitwort

Wir stehen in einer Notzeit wie noch selten. Und da müssen alle auf verantwortlichen Posten stehenden Leute zuverlässig sein; man muß auf sie bauen können.

Uns scheint, daß der Eidg. Finanzexperte seiner Aufgabe nicht gewachsen sei. Da er durch Vorträge, Bücher und Zeitungsartikel an die Oeffentlichkeit tritt, wird hier seine Tätigkeit auch der Oeffentlichkeit bekanntgegeben.

Fritz Schwarz.

Bern, den 23. Juni 1932.

Sehr geehrte Herren Bundesräte!

Anfangs Mai ging durch die Presse eine Mitteilung folgenden Inhalts:

Die Antwort des Bundesrates an die Freigeldler. Der Freigeld- und Freiwirtschaftsbund der Schweiz hat in der letzten Zeit eine rührige Propaganda entfaltet, die infolge der komplizierten Materie im Volke vielfach zu falschen Auffassungen Anlaß geben könnte. Die Freigeldler haben sich auch an den Bundesrat gewandt und ihre Vorschläge über die Inflationstheorie unterbreitet. Der Bundesrat hat am Dienstag beschlossen, die Eingabe zu beantworten und in sachlicher Darlegung die entschiedene Ablehnung der Inflationstheorie zu begründen.

Wie der Unterzeichnete erfuhr, stützten sich diese Pressemeldungen auf eine kurze, mündliche Mitteilung Ihres Mitgliedes Herr Schultheß an Herrn Dr. Steinmann, den Sekretär der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz, der gleichzeitig auch als Journalist im Bundeshaus tätig ist.

Auf diese Meldung ging der «Nationalzeitung» folgende Berichtigung zu:

Zu der in Nr. 204 erschienenen Meldung ist berichtigend zu sagen, daß es sich nicht um eine Antwort an den Freiwirtschaftsbund handeln kann, da weder von diesem selbst noch von Einzelmitgliedern eine derartige Eingabe gemacht worden ist. Es handelt sich vielmehr um Antworten an die Spiezer Versammlung der Berner Oberländer Bauern und an eine Versammlung in Liestal. Diese beiden Versammlungen sind jedoch nicht von Mitgliedern des Schweizer Freiwirtschaftsbundes einberufen worden, sie forderten auch keine Inflation, sondern Schluß mit Deflation und Inflation und endgültige Festigung des Preisstandes. Von einer Forderung nach Inflation konnte schon deswegen keine Rede sein, als der Referent beider Tagungen die Inflationspolitik durch das System der bundesrätlichen Reskriptionsscheine von 1915 an aufs Schärfte bekämpft hat. —

Da der Unterzeichnete als Referent an den Tagungen in Spiez und Liestal berufen worden ist, anderseits aber auch als Sekretär des Schweizer Freiwirtschaftsbundes amtet, so sieht er sich in dieser Doppelstellung veranlaßt, *persönlich* zu

antworten, also weder im Auftrag der Versammlungen, noch im Auftrag des Schweizer Freiwirtschaftsbundes.

Zu der angeblichen Inflationsgefahr habe ich nun zu bemerken:

1. Der Schweizer Freiwirtschaftsbund hat seit 1915 als erste und für die entscheidende Zeit einzige Vereinigung in der Schweiz die Inflation bekämpft, die das eidg. Finanzdepartement vom September 1914 ab trieb, indem es sich bis 560 und mehr Mill. Fr. neue Noten direkt von der Schweizerischen Nationalbank leihen ließ und in Umlauf brachte.

2. Der Schweizer Freiwirtschaftsbund hat auch 1922/23 seine warnende Stimme gegen die damals neu einsetzende Inflation erhoben.

3. Der Schweizer Freiwirtschaftsbund hat auch im Herbst 1931 vor den Gefahren der hohen Notenausgabe seitens der Schweizer Nationalbank gewarnt und gleichzeitig angegeben, wie der Gefahr einer Inflation, der der Bankrat hilflos gegenüber gestanden ist, erfolgreich entgegengetreten werden müsse.

Der Schweizer Freiwirtschaftsbund ist also die einzige schweizerische Vereinigung, die bisher die Gefahr der Inflation kommen sah, rechtzeitig warnte und die Mittel angab, der Gefahr zu entgehen.

Der Vorwurf von Herrn Bundesrat Schultheß, wir hätten eine «Inflationstheorie», muß daher mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden; er trifft nicht uns, sondern die Bundesräte Motta und Musy und die Schweizerische Nationalbank, die unsere Warnungen vor der Inflation bisher in den Wind geschlagen haben und auch seit 1931 der Gefahr einer neuen Inflation entgegentreiben, ohne vorbeugende Maßregeln zu treffen. Wir fragen die Leitung der Nationalbank und den Bundesrat heute, Juni 1932: Was

wird geschehen, wenn die 1500 Mill. Fr. Noten in Bewegung kommen, die heute noch bis zur Hälfte gehamstert sind, aber sich auf Waren stürzen werden, sobald ein Steigen der Preise bemerkbar wird? Und was soll geschehen, wenn wir soweit sind?

Ich muß nun hier mitteilen, daß anfangs Winter 1931/32 im Bankrat der Nationalbank gesagt wurde — und zwar von leitender Stelle aus: Wenn diese Noten einmal in Fluß kommen, so kann man nichts dagegen machen, es wird eben eine Inflation geben! Ein Bankrat der Schweizer Nationalbank hat nach jener Sitzung Private vor einer kommenden Inflation gewarnt! — Ich möchte daher erneut auf diese Dinge aufmerksam machen und den Vorwurf, daß unsere Vorschläge zu einer Inflation führen würden, sehr energisch zurückweisen und mit der Frage beantworten: **Was will der Bundesrat tun, wenn unsere 1500 Mill. Fr. in Noten in Fluß kommen?!** —

Im folgenden sollen nun die Antworten, die Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, an die Oberländer Bauern und an die Basellandschaft gesandt haben, abschnittweise besprochen werden.

Dabei muß jedoch vorausgeschickt werden, daß es sich hier leider nicht um eine ernstzunehmende Antwort des Bundesrates selber handelt, sondern um ein Schreiben des eidg. Finanzexperten Dr. E. Kellenberger, das der Bundesrat guthieß, nachdem es bereits Herrn Nationalrat Gnägi (Schwadernau-Bern) zugestellt worden war, der es in einer öffentlichen Diskussion am 24. April brauchte, trotzdem es der Bundesrat erst anfangs Mai guthieß und es die Oberländer und Baselländer auch erst im Mai erhielten. Diese Feststellung erklärt auch, warum im folgenden Herr Dr. Kellenberger öfters zitiert wird.

Wenn ich mich trotz aller noch zu begründenden Abneigung gegen eine Auseinandersetzung mit Herrn Dr. Kellenberger immerhin mit ihm beschäftige, so

deswegen, weil die Arbeiten und das Auftreten des eidg. Finanzexperten Dr. Kellenberger für das Ansehen des Bundesrates, der dessen Briefe mit dem Namen unserer höchsten Landesbehörden deckt, für diese selbst und für unsere Volkswirtschaft von größtem Schaden gewesen ist und noch sein wird. Dr. E. Kellenberger ist seiner Stellung in keiner Hinsicht gewachsen und veranlaßte schon Aeußerungen des Finanzdepartements und des Bundesrates, die man heute nur noch mit erstauntem Kopfschütteln lesen kann!

Mit welcher Zuverlässigkeit und Sachkenntnis Herr Dr. E. Kellenberger arbeitet, ergibt sich aus der Gegenüberstellung der folgenden zwei Abschnitte.

Am 18. Mai 1916 schrieb er in der «Zürcher Post», in der Dr. Th. Christen vor einer Inflation gewarnt hatte (das Finanzdepartement hatte damals schon über 100 Mill. von der Nationalbank erhalten!):

> **«Ueber die Zukunft unserer Währung kann das Publikum vollkommen beruhigt sein. Wenn jede mit öffentlichen Funktionen betraute Institution so einsichtig und nach allen Seiten unabhängig zum Wohle des Ganzen geleitet würde wie unsere Nationalbank, so könnte man sich beglückwünschen!»**

Das war 1916 im Mai. Dr. E. Kellenberger hatte den Auftrag, gegen Dr. Th. Christen zu schreiben — und er tat es. 1918 im November schrieb er:

> **«Es ist bewundernswert, mit welcher Seelenruhe sich unsere Bundesverwaltung über die tausendjährigen Erfahrungen der Weltgeschichte und die elementarsten Grundsätze der Volkswirtschaftslehre hinwegsetzt. Durch ihre verhängnisvolle Finanzpolitik haben Regierung und Räte redlich mitgeholfen, die Teuerung ohne Not zu verschärfen, die Unzufriedenheit in weite Teile unserer Bevölkerung zu tragen und damit der Streikbewegung unbewußt Vorschub zu leisten.»**

Damals war er am «Bund» angestellt; er hatte die Belange der Gläubiger zu schützen — und er tat es, indem er das Gegenteil dessen schrieb, was er zwei Jahre vorher geäußert hatte!

Am 15. Dezember 1924 schrieb er wieder:

«Bei Kriegsausbruch wurde die Goldwährung fast in allen Ländern zugunsten der Papierwährung aufgegeben. Zu wenig vertraut mit der Handhabung der Papierwährung, wurden allenthalben bedenkliche und verhängnisvolle Fehler begangen.»

Das ist jetzt die «einsichtige» und «zum Wohle des Ganzen geleitete» Nationalbankpolitik von 1916! Kann man es jemand verargen, wenn er die Behauptung aufstellt, daß Herr Dr. Kellenberger ein typischer pseudowissenschaftlicher Reisläufer sei, der seinem jeweiligen Auftraggeber entsprechend schreibe und jede sachliche Stellungnahme vermissen lasse? Wie ein Winkeladvokat frage er nicht, was Wahrheit sei, sondern was er zu beweisen habe.

Mit seiner Wahl als Finanzexperten des Bundesrates fühlte er sich denn veranlaßt, alles gutzuheißen, was der Bundesrat und das Finanzdepartement taten. Und das ist ein schlimmer Fehler, weil Bundesrat und Finanzdepartement ihrerseits von politischen Kräften bewegt werden, denen die sachlich orientierte Wissenschaft der Volkswohlstandslehre richtunggebend und wegweisend zur Seite stehen sollte.

Statt dessen hat der Bundesrat in der Person des Finanzexperten ebenfalls einen Politiker — besser gesagt, einen Diplomaten, der zu begründen sucht, was der Bundesrat als politisch notwendig erachtet. So kommt es, daß unsere Wirtschaftspolitik reine Politik ist und daß es mit der Wirtschaft derart schlimm steht. «Wenn Sie mit Ihren Theorien ins Bundeshaus kommen», so sagte Herr Dr. Kellenberger dem Unterzeichneten einmal, «so fragt man hier nicht, ob sie richtig sind, sondern wieviel Leute hinter ihnen stehen — das ist eben die Demokratie.» — Es ist unnötig zu sagen, daß dieser Begriff der Demokratie und des Führertums in ihr ebenso falsch wie gefährlich ist· die Demokratie bedarf der Führer, die die Wahrheit und das Recht

suchen und sich nicht nur fragen, wo der größte Haufen ist, vor den man sich als «Führer» stellt. Und der Bundesrat seinerseits braucht Experten, die ebenfalls die Wahrheit und das Recht suchen und sich nicht einfach darauf beschränken, begangene Fehler der eidgenössischen Behörden abzuleugnen.

Ich erhebe gegen Herrn Dr. Kellenberger den Vorwurf, daß er den Bundesrat und die Oeffentlichkeit irreführt, um die Fehler des Finanzdepartements und des Bundesrates abzustreiten und wegzudisputieren, in der Art der übeln Winkeladvokaten, wie sie Jeremias Gotthelf gezeichnet hat.

Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, haben sich auf die Ausführungen Ihres Herrn Experten verlassen, weil Ihnen das ja paßte, was er sagte — rechtfertigte seine Darstellung doch Ihre Wirtschaftspolitik. Es wurde Ihnen leider dabei nicht bewußt, in welch verhängnisvolle Lage Sie damit kamen: Sie glaubten beraten zu werden und Ihr Berater verteidigte bloß Ihre Maßnahmen und Ihre künftigen, rein politisch entstandenen Pläne, statt sie wirklich wissenschaftlich zu begutachten. Sie glaubten einen wissenschaftlich arbeitenden Gelehrten zu hören und sind dabei einem gedungenen Winkeladvokaten in die Hände gefallen.

Hier die Beweise.

In seiner Antwort an die Oberländer Bauern läßt Sie Dr. Kellenberger sagen:

«. . . Die Versammlung scheint zu glauben, daß das weitere Sinken der Preise durch Maßnahmen der Schweiz. Nationalbank aufgehalten werden könne. Diese Auffassung ist leider unhaltbar.»

Am 16. Juni 1918 dagegen schrieb der gleiche Dr. Kellenberger im «Bund» (Nr. 251):

«Es ist leider nicht wahr, daß das Wirtschaftsleben automatisch bestimme, wieviel Papiergeld umlaufe» —

es wird also willkürlich in Umlauf gesetzt. Diese Auffassung vertrat Herr Dr. Kellenberger auch in der Versammlung in Liestal am 22. Mai 1932

wieder, wo er sagte, daß die heutigen Goldwährungen manipulierte Währungen seien.

Damit ist erwiesen, daß die Bewegung der Preise und damit auch das weitere Sinken der Preise aufgehalten werden könnte, denn, schreibt Dr. E. Kellenberger («Richtlinien»), es sei allgemein anerkannt,

> daß das Preisniveau einzig und allein vom Geldangebot und von der Geldnachfrage abhängig ist»,

wobei er Geldangebot als «Notenumlauf» und Geldnachfrage als «allgemeines Warenangebot» bezeichnet!

Also: Der Geldumlauf in seinem Verhältnis zum Warenangebot bestimmt nach Dr. Kellenberger den Preisstand, der Geldumlauf wird «manipuliert», d. h. also willkürlich bestimmt — wodurch sich doch mit eherner Folgerichtigkeit ergibt, daß die Leitung der Nationalbank, die gesetzlich verpflichtet ist, «den Geldumlauf des Landes zu regeln», einen bestimmenden Einfluß auf den Stand der Preise ausübt!

Der gleiche Dr. Kellenberger, der heute den Oberländer Bauern gegenüber behauptet, der Glaube sei irrig, daß die Nationalbank das weitere Sinken der Preise aufhalten könne, schrieb 1924 (die entscheidenden Stellen sind von mir hervorgehoben worden):

> «Seit Mitte 1921 erfreut sich das inländische Preisniveau in den Vereinigten Staaten, gemessen am Kleinhandelsindex, einer Stabilität, die sonst nirgends zu finden ist. Diese Festigkeit ist keine zufällige, sondern eine bewußte, vom Federal Reserve Board beabsichtigte. Indem wir nun, zumal seit 1923, darauf ausgingen, den Frankenkurs auf die Parität mit dem Dollar zu bringen, wollten wir an dieser Preisstabilität teilnehmen, überzeugt, daß die Vereinigten Staaten die Stabilisierungspolitik fortsetzen würden. Bis Mitte 1924, also volle drei Jahre, hat die Festigkeit der Kleinhandelsindexziffer angehalten. In jüngster Zeit ist sie, im Zusammenhang mit der dortigen größeren Geldflüssigkeit, ein klein wenig gestiegen. Indem wir seit einiger Zeit die Goldparität festhalten, beginnt jene Geldflüssigkeit sich bereits auch in der Schweiz geltend zu machen. Sollte in der Folge die Aufwärtsbewegung der Preise in der Schweiz weitere Fort-

schritte machen und die Bevölkerung stark beunruhigen, so müßte die Frage neuerdings überlegt werden, ob wir nicht auf die Stabilisierung des Dollars zugunsten des innern Preisstandes verzichten sollten.»

Diese Sätze hat Herr Bundesrat Musy am 15. Dezember 1924 im Namen des Bundesrates unterzeichnet!

Wir sehen also: nicht bloß das Fallen, sondern auch das Steigen des Preisstandes ist vermeidbar, die feste Währung wird als möglich vorausgesetzt und das Federal Reserve Board hat es fertiggebracht, drei Jahre lang den Preisstand auf der gleichen Höhe zu halten! Wen glaubt eigentlich heute der Finanzexperte vor sich zu haben, wem glaubt er solche Widersprüche bieten zu dürfen?!

Heute sagt er, die Preise können nicht beeinflußt werden — 1924 sagte er das genaue Gegenteil!

Sehr geehrte Herren Bundesräte! Sie gaben Ihre Unterschrift weiter zu folgenden Sätzen, ohne ihre Unterlagen zu prüfen — Sie glaubten Ihrem Finanzexperten.

«Die Krise brach in der Schweiz in einer Zeit aus (Mitte 1930), wo die Notenausgabe in ständigem Wachsen begriffen war und irgend ein privates Horten nicht stattgefunden hat. Sie griff um sich, trotzdem die Nationalbank ihre Notenausgabe fortwährend stark vergrößerte, derart, daß die Banken im Geld geradezu schwammen und der private Diskontsatz auf 1 Prozent sank.»

Wie stehen die Tatsachen?

«Nur jenes Geld, das für die regelmäßig wiederkehrenden Zahlungszwecke und -termine bereitgestellt ist, wird von uns als umlaufendes und damit als auf die Preise wirkendes Geld betrachtet.»

So schrieb Herr Dr. Kellenberger («Bund» Nr. 156 vom 13. April 1918). Aber er «vergißt» vollständig, diese richtige Einsicht auf die heutige Zeit anzuwenden. Nicht die Notenausgabe, sondern «das für die regelmäßig wiederkehrenden Zahlungszwecke und -termine bereitgestellte», also das umlaufende Geld wirkt auf die Preise.

Aber heute verschweigt Herr Dr. Kellenberger die Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes! Während der Franken 1929 nur 0,8 Tage auf dem Girokonto der Nationalbank liegen blieb, verharrte er dort im Jahre 1930 1,5 Tage, was hier einer Verminderung auf die Hälfte gleichkommt. Was nützt eine Vermehrung der Notenausgabe um 4—5%, wenn das Geld 50% langsamer von Hand zu Hand geht? Die eingereichten Wechsel gingen von 1929 mit 958 Mill. Fr. auf bloß noch 294 Mill. im Jahre 1930 zurück: der beste Beweis dafür, daß auf die privaten Banken viel Geld gebracht worden war: die Privatbanken gaben ihre Wechsel nicht weiter an die Notenbank — sie erhielten überhaupt weniger — und beides zeigt an, daß der Großhandel aussetzte, weil er sinkende Preise erwartete. Und die Nationalbank tat nichts, um die Kaufleute vor dieser Gefahr sicherzustellen.

Und angesichts dieser Zahlen (Giroumsatz halb so schnell wie 1929, Wechsel statt 958 Mill. 1929, 1093 im Jahre 1928) wagt Dr. Kellenberger den Bundesrat unterzeichnen zu lassen:

> «Irgend ein privates Horten hat nicht stattgefunden!»

Kennzeichnend für die bestimmte Erwartung sinkender Preise ist der tiefe Diskont: niemand kann Geld im Handel brauchen, wenn die Preise sinken wollen, ausgenommen es liegen schon feste Bestellungen vor.

Kennzeichnend für die Hamsterung des Geldes ist weiter die Zunahme der Tausendernoten: ihre Zahl steigt immer in den Zeiten erwarteter Preissenkungen. Von 92 000 Stück im Jahre 1929 stiegen sie auf 107 000 im folgenden Jahre und auf 227 000 im Jahre 1930! (1914 hatte man 20 000 Stück!)

Kann man angesichts dieser Zahlen wirklich ernsthaft fragen:

> **«Hat jemand etwas von einem Geldstreik der Kapitalisten im Jahre 1929 und auch 1930 gehört?»**

wie es Dr. E. Kellenberger in der «Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» tut?! **Und darf der Bundesrat solche Behauptungen, die durch amtliche Zahlen als falsch bewiesen werden, ohne Beeinträchtigung seines Ansehens ins Volk hinaussenden? Wir Freigeldler lassen uns so etwas nicht bieten; es handelt sich hier um Wohl und Wehe der schweizerischen Volkswirtschaft; wir dürfen zu solchen Behauptungen nicht schweigen.**

Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, genehmigten weiter den Satz:

«daß die schweizerische Volkswirtschaft sozusagen im Gelde schwimmt.»

Sehr geehrte Herren: Sie hätten den Sturm der Entrüstung und Empörung bei den Oberländer Bauern hören sollen, die geballten Fäuste sehen müssen, als ihnen dieser ebenso falsche wie für das Ansehen des Bundesrates verhängnisvolle Satz vorgelesen wurde! Dann wäre Ihnen mit einem Schlag bewußt geworden, wohin die Wortverdrehungen eines Winkeladvokaten dessen Klienten letzten Endes führen!

«Der Bundesrat verwechselt die Banken mit dem durch den Preisabbau und Lohnabbau bedrückten und bedrohten Volke» — diese Antwort haben Ihnen bereits die Saanerbauern gegeben. Daß diese Bauern Ihnen gegenüber Recht behalten, geht aus dem englischen Ausdruck für dieses Geld hervor, das in den Zeiten des erwarteten Preisabbaues in Massen auf den Banken liegt· die Engländer nennen es «idle money»: träges, faules Geld!

Herr Dr. Kellenberger verwechselte die Liquidität der Banken, die er mit «Geldflüssigkeit» übersetzt, mit der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes! «Geldflüssigkeit» bedeutet aber für den Geldumlauf gerade das Gegenteil von Umlauf. « **«Geldflüssigkeit» sollte besser Geldklebrigkeit heißen»**, meinte ein Bauer beim Anblick der Tabellen von Dr. Kellenberger, auf

denen er die Geldmassen darstellte — die in den Banken liegen und nicht umlaufen! **Muß es aber so sein, und dient es dem Wohle des Landes und dem Ansehen des Bundesrates, wenn sein Finanzexperte mit Tabellen im Lande herumreist, deren Irrtümer derart handgreiflich sind, daß sie ein intelligenter Bauer bei der ersten Betrachtung merkt?! «Wahrhaftig, da sind wir ja nett versorgt im Bundeshaus», meinte ein Geschäftsmann angesichts dieser Tabellen, und seine Freunde stimmten ihm bei!**

Sehr geehrte Herren Bundesräte, Sie haben auch den folgenden Satz gutgeheißen:

«Daß die Krise ungeachtet dieser Politik weitherzigster Geldausgabe nicht vermieden werden konnte, überrascht uns keineswegs, denn schon vor zehn Jahren machte man dieselbe Erfahrung.»

Damit wird der Glaube erweckt, daß auch in der Krise von 1920—22 der Geldumlauf weitherzig vermehrt worden sei. Auch das ist eine falsche Angabe von Herrn Dr. E. Kellenberger — und Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, haben diese Unrichtigkeit gutgläubig ins Berner Oberland und nach Liestal gesandt!

Wieso sagen wir eine falsche Angabe? Weil Herr Brodbeck 1924 in der Schweizer. Zeitschrift für Sozialpolitik und Verwaltung den zahlenmäßigen Nachweis dafür erbracht hat, daß infolge des Rückzugs der Silbermünzen im Betrag von 43 Mill. Fr. seit 1. Juli 1920 eine tatsächliche Verminderung des Geldbestandes erfolgte! Hinzu kam die Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, das 1919 nur 1,2, 1920 aber 1,34 Tage auf dem Girokonto der Nationalbank liegen blieb, während in derselben Zeit die Notenausgabe nur um 3% stieg und 43 Mill. Fr. Silbermünzen zurückgezogen wurden. So hatten wir tatsächlich starke Verminderung des umlaufenden Geldes — anderseits aber eine große Vermeh-

rung der angebotenen Waren — man denke an die Dumping-Einfuhr aus Deutschland!

Wenn man schon in der Krise von 1920—22 «dieselbe Erfahrung machte wie heute», so ist es die, daß Herr Dr. Kellenberger auch schon damals die Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes und die Vermehrung des Warenangebots ganz außer acht ließ.

Dr. Kellenberger sagt, 1920 hätte «eine Politik weitherzigster Geldausgabe» geherrscht. Was sagt aber Dr. Paul Gygax über das Jahr 1920 mit seiner «weitherzigsten Geldausgabe»? Er schreibt (im Finanzjahrbuch 1921, S. 72 u. f.):

«Die Situation spitzte sich im Jahre 1920 ganz besonders zu. Die kurzfristige Finanzierungsform in der Gestalt der Kassenscheine wurde in den Jahren 1919 und 1920 fast zur Regel. Sie war der sichtbare Ausdruck jener unsichern Haltung des Kapitalmarktes, welche die Kreditgeber vorsichtig stimmte und Zurückhaltung gegenüber dem Eingehen neuer Engagements auferlegte. Diese Haltung war dazu angetan, auch die Ausgabewirtschaft gewisser, unter sozialdemokratischem Einfluß stehender Gemeinwesen in den Schranken zu halten. Anfangs Juli 1920 erließ das eidgen. Finanzdepartement an die Kantone seinen «Sparerlaß», der zu äußerster Zurückhaltung in den außerordentlichen Ausgaben der Kantone, namentlich in der Feststellung von Geldern in unabträglichen Anlagen und große Sparsamkeit empfahl und auch den Gemeinden nahelegte, auf das heute durchaus notwendige Maßhalten in dem Verlangen nach neuen Mitteln aufmerksam zu machen. Nur die Beschränkung in der Inanspruchnahme des öffentlichen Kredits vermöge eine Entspannung zu bringen.»

So sieht also 1920 «die Politik weitherzigster Geldausgabe» in Wirklichkeit aus:

1. Während von 1918 bis 1919 eine Vermehrung der Noten um 23% vorgenommen wurde, folgte von 1919 auf 1920 plötzlich nur noch eine Vermehrung um 3%.

2. Während die Nationalbank 1919 noch 418 Mill. Schweizerwechsel annahm, hat sie 1920 nur noch 303 Mill. akzeptiert.

3. Während der Franken 1919 1,2 Tage auf dem Girokonto der Nationalbank liegen blieb, verlang-

samte sich die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes dort im Jahre 1920 so, daß der Franken im Durchschnitt 1,34 Tage dort lag.

4. Hinzu kam der Sparerlaß des Finanzdepartements — siehe oben im Zitat von Dr. Gygax die Auswirkungen.

5. Wurden in der Mitte des Jahres 1920 43 Mill. Silbermünzen aus dem Verkehr zurückgezogen — so daß damit die Notenvermehrung von 906 auf 934 Mill. in eine Verminderung des Geldbestandes umschlug.

Und das alles nennt Herr Dr. E. Kellenberger «eine Politik weitherzigster Geldausgabe». Und Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, ließen leider diese Unrichtigkeit unter Ihrem Namen ins Land hinaus gehen . . .

Doch weiter:

Die Art, wie Herr Dr. Kellenberger die Ergebnisse der Währungskonferenz vom Februar 1923 bekannt gibt, führt die Oeffentlichkeit wieder ganz bewußt irre; sie ist ebenfalls ein Betrug am Volke.

Sie decken die folgende Darstellung, sehr geehrte Herren Bundesräte:

> «Wir haben die Ehre, Ihnen zu antworten, daß der Bundesrat im Jahre 1923 auf Wunsch der Freigeldler eine Sachverständigenkommission bestellt hatte, welche die Behauptung, daß währungspolitische Maßnahmen die damalige Krise verursacht hätten, widerlegte, und die weitere Maßnahme, daß der Preisfall durch Mehrausgabe von Noten aufgehalten werden könnte, als fraglich hingestellt.»

Hätte ich 1923 auch nur entfernt geahnt, in welch gewissenloser Weise die Zustimmung zur nichtssagenden Feststellung, daß «die Nationalbank unmittelbar vor Ausbruch der Krise ihre Notenausgabe nicht vermindert und die Krise also nicht verursacht hat», durch Dr. E. Kellenberger benützt wird — ich hätte die Währungskonferenz unter Protest verlassen. **Der Schweizer Freiwirtschaftsbund hat dieses Protokoll zuerst in der «Freiwirtschaftlichen Zeitung» und darauf in einem Sonderdruck veröffentlicht — weil die Verhandlungen für und nicht gegen uns zeugen.**

Dr. E. Kellenberger mißbraucht unsere Zustimmung zu diesem Satze, indem er dem Leser daraus den Schluß nahelegt, daß die Nationalbank die Krise nicht hätte verhindern können. Das ist aber etwas ganz anderes! In den Verhandlungen machte Herr Fürsprecher Roth den folgenden Vergleich (der leider — im nicht-stenographischen — Protokoll fehlt): «Wenn wir uns fragen, ob die Nationalbank die Krise verursacht hat, so ist die Frage vergleichsweise dieselbe, wie man sich fragt, ob der Landwirt das Ertrinken eines Kindes verursacht hat, das in ein offengelassenes Jaucheloch stürzt. Wir sagen: die Notenbank hat die Krise nicht aktiv herbeigeführt, aber sie ließ sie passiv zustande kommen, indem sie der Warenvermehrung nicht mehr Geld entgegenstellte, den träger werdenden Geldumlauf nicht belebte und auf den Preisabbau nicht ganz ausdrücklich verzichtete.» (Siehe S. 17, 23 und 25 des Protokolls!) **In diesem Sinne und in keinem anderen haben wir damals diesem Satze zugestimmt.** Heute macht man aber daraus, daß wir selbst gesagt hätten, die Nationalbank sei unschuldig an der Krise. Sie hat die schweizerische Volkswirtschaft nicht ersäuft, aber sie hat sie ertrinken lassen! «Grobe Fahrlässigkeit» habe ich das später genannt, ganz in Uebereinstimmung mit dem von Fürsprecher Roth 1923 gebrauchten Vergleich.

Nun drängte damals Herr Dr. Kellenberger als Vorsitzender darauf, durch eine Abstimmung feststellen zu lassen, daß die Nationalbank unmittelbar vor Ausbruch der Krise ihren Notenstand nicht vermindert hätte. Ich habe mehrmals darauf verwiesen, wie wir das verstehen (siehe Protokoll S. 12 und 15): «Wenn Sie vom Notenumlauf sprechen, so sprechen Sie vom Notenstand. Diesen hat die Nationalbank nicht vermindert. Aber den wirklichen Notenumlauf hat sie vermindern lassen, ohne Maßnahmen dagegen zu treffen. — Maßgebend ist nur das wirklich umlaufende Geld.» «Man muß die Zahlen in Beziehung bringen mit den

Warenmengen, die ihnen gegenüberstehen. Wenn eine Vermehrung der Produktion festgestellt wird, muß auch eine Vermehrung des Geldes erfolgen, sonst entsteht ein Mißverhältnis. Ein solches hatten wir wirklich: es sind im Verhältnis zu den Warenmengen weniger Franken vorhanden gewesen. — Denken Sie nur an die Mehrproduktion nach dem Schluß der Grenzbesetzung und die Einfuhr aus dem Auslande.» — Die Richtigkeit dieser Darstellung ist von Herrn Bundesrat Dr. A. Meyer darauf ausdrücklich bestätigt worden! (S. 15.)

Trotzdem stellt nun Herr Dr. Kellenberger die Sache so dar, wir hätten damals zugestanden, die Nationalbank hätte den Preisfall nicht verhindern können und währungspolitische Maßnahmen seien nicht die Ursache der Krise. Das ist nicht wahr! Siehe das von uns herausgegebene Protokoll!

Sie lassen weiter behaupten:

> Die Erfahrungen, die man in der gegenwärtigen Krise im Inland und Ausland sammeln konnte, haben bestätigt und bekräftigt, daß die Wirtschaftskrisen von der Geldseite her weder verhütet, noch beseitigt zu werden vermögen.

Das gerade Gegenteil ist richtig: man hat jetzt, nach drei Jahren Krise, erkennen müssen, daß sämtliche Versuche, der Krise von der **Waren**seite beizukommen, vergeblich waren! Weder die Schutzzölle, noch die Einfuhrsperren, noch die Kontingentierungen, noch die Vernichtung oder die Verminderung der Produktion vermochte bisher den Fall der Preise aufzuhalten, und Preisfall ist in der freien Wirtschaft gleichbedeutend mit Krise. Seit Herbst 1929 versuchte man alle genannten Mittel, um der Krise von der Warenseite her beizukommen, aber alle haben versagt!

Nun kehrt Herr Dr. Kellenberger kühn die Sache um und behauptet, «Erfahrungen» hätten «bestätigt und bekräftigt», daß die Wirtschaftskrisen von der Geldseite her weder verhütet noch beseitigt werden können!

Man hat die von uns vorgeschlagenen Mittel: öffentliche, gesetzlich festgelegte Verpflichtung der Notenbank auf die feste Kaufkraft des Geldes im Großhandel und Umlaufszwang des Geldes durch periodische, kostenpflichtige Abstempelung der Noten — nie und nirgends probiert — kann also auch gar keine «Erfahrungen» damit gemacht haben! Wir haben in diesem Satz wieder eine bewußte Irreführung des Volkes!

Es ist bemühend, sehr geehrte Herren Bundesräte, aber ich muß es sagen: in den von Herrn Dr. Kellenberger verfaßten Antworten, die Sie unterzeichneten, steht außer in den Eingangs- und Schlußformeln kein einziger wahrer, unanfechtbarer Satz!

Den Beweis für diesen Vorwurf liefert auch der folgende Abschnitt:

> «Nicht nur brach die Krise über die Schweiz in einer Zeit zunehmender Notenausgabe herein, sondern sie griff auch um sich, trotzdem die Nationalbank ihre Notenausgabe fortwährend stark vergrößerte, derart, daß die schweizerische Volkswirtschaft seither und heute sozusagen im Gelde schwimmt.»

Auch hier wird auf die Einfalt der Leser spekuliert — eine Spekulation, die je länger je aussichtsloser wird und den Spekulanten deshalb in ein Licht stellt, das nicht vorteilhaft ist. Herr Dr. Kellenberger rechnet damit, daß man auch hier nicht daran denkt, daß

1. Die Warenproduktion auch in Rechnung gestellt werden muß: Nachfrage und Angebot, Geld und Ware.

2. Daß — um seine eigenen Worte zu brauchen, «nur jenes Geld, das für die regelmäßig wiederkehrenden Zahlungszwecke und -termine bereitgestellt ist, als umlaufendes und damit als auf die Preise wirkendes Geld betrachtet» werden darf — nicht aber gehamstertes Geld!

3. Daß die Erwartung eines Preisfalles die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes verlangsamt und

damit die Nachfrage nach Waren und Arbeitskräften vermindert.

Zu 1. ist zu sagen, daß in den Vereinigten Staaten der Produktionsindex von 1923 bis 1929 von 100 auf 126 stieg. Die Geldausgabe folgte dieser Vermehrung Ende 1929 nicht mehr; die Waren blieben liegen und der Preisfall war da. Aber Herr Dr. Kellenberger suchte dieses Nichtübereinstimmen zwischen Nachfrage und Angebot (Geld-Angebot und Waren-Angebot) abzuleugnen, indem er beweisen wollte, daß die Notenbanken der Vereinigten Staaten ihre Geldausgabe vor der Krise nicht vermindert haben. Abgesehen davon, *daß auch eine gleichbleibende Geldmenge bei einer gestiegenen Warenmenge eine verhältnismäßige Verminderung bedeutet*, abgesehen auch davon, daß die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ebenfalls in Betracht gezogen werden muß: *die Geldmenge ist in den Vereinigten Staaten überhaupt nicht vermehrt, sondern* **vermindert** *worden, ganz im Gegensatz zu den «Berechnungen» von Herrn Dr. Kellenberger!* — Wie kam er denn dazu, eine *Vermehrung statt einer Verminderung* des Geldbestandes in den Vereinigten Staaten auszurechnen? — Er zog nur die Federal Reserve Banken in Betracht, diese *vermehrten* tatsächlich das Geld, *aber er* **vergaß**, daß daneben noch andere Banken das Recht zur Ausgabe von Noten besitzen *und daß diese* **mehr zurückzogen** *als die Federal-Banken ausgaben!* Das war vor Jahresfrist Dr. Kellenbergers Statistik!

Sei dieser Irrtum nun Nachlässigkeit oder ein Täuschungsversuch der Leser der «Zeitschrift für Schweizer Volkswirtschaft und Statistik» — in beiden Fällen ist es *unverzeihlich, daß er vorkommen konnte* und hier, in einer amtlichen Vernehmlassung, in verschleierter Form wieder auftaucht. — Es sei hier gleich bemerkt, daß in

Liestal das stillschweigende, auf einer graphischen Tabelle niedergelegte Bekenntnis von der Unrichtigkeit der Kellenbergerschen Darstellung Heiterkeit erregt hat, da dies Volk schon in den beiden ersten Versammlungen auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht worden war.

Sehr geehrte Herren Bundesräte! Ich bedaure Sie, denn ein solcher Finanzexperte ist schlimmer als gar keiner, weil er die Illusion einer Beratung erweckt, die in Wirklichkeit nichts zu raten hat.

Wie dem eidgenössischen Finanzexperten jeder Ueberblick über das Ganze der Volkswirtschaft fehlt, geht auch aus dem folgenden Satz hervor: «Wenn alle Preise (die Löhne inbegriffen) von heute auf morgen um das Doppelte erhöht würden, so würde kein Mensch weder etwas gewinnen noch verlieren.» (Wechselkurs und Zahlungsbilanz, S. 58.) Selbst ein Primarschüler merkt, daß die Gläubiger damit die Hälfte ihrer Guthaben einbüßen würden — Ihr Finanzexperte, sehr geehrte Herren Bundesräte, merkt das jedoch nicht!

Daher konnte ihm auch die bedauerliche Verwechslung von liquidem und umlaufendem Geld passieren, ein Lapsus, der, wie schon bemerkt, jedem intelligenten Bauer auffällt, wenn er die Tabellen Ihres Herrn Experten sieht.

Nachdem ich mich bisher mit der Kritik Ihrer Antworten nach Liestal und ins Berner Oberland befaßte, will ich Ihnen zeigen, was Sie Herr Dr. Kellenberger am 15. Dezember 1924 unterzeichnen, dem schweizerischen Grütliverein zustellen und am 6. Juni 1925 in Nr. 20 der «Wirtschaftsberichte des Schweizerischen Handelsamtsblattes» der Oeffentlichkeit zugänglich machen ließ. Ich zitiere einige Sätze und zeige nachher die Tatsachen.

Herr Dr. Kellenberger (bzw. der Bundesrat): «Kurzum, eine Stabilisierung der Großhandelspreise hätte ein viel stärkeres Schwanken der sonst ruhigeren Kleinhandelspreise zur Folge.»

Die Tatsache:

Jahr	Großhandelsindex	Kleinhandelsindex
1926	145	162
1927	142	160
1928	145	161

Herr Dr. Kellenberger: «Will man also feste Kleinhandelspreise haben, so muß man schwankende Großhandelspreise in Kauf nehmen, ja diese sind geradezu Voraussetzung fester Kleinhandelspreise.»

Tatsache:

	1927		1928		1929	
	Groß-handels-index	Lebens-kosten-index	Groß-handels-index	Lebens-kosten-index	Groß-handels-index	Lebens-kosten-index
Jan.	141	160	145	161	143	161
Febr.	141	160	144	161	143	161
März	141	159	145	160	142	161
April	140	158	146	160	140	159
Mai	141	160	145	160	139	160
Juni	140	160	145	161	139	161
Juli	140	160	144	161	143	161
Aug.	142	161	144	161	143	163
Sept.	144	161	144	161	142	163
Okt.	145	161	145	162	142	163
Nov.	147	162	145	162	140	162
Dez.	146	162	144	162	139	162

Vergleichen Sie das stabilste Jahr 1928 mit Herrn Dr. Kellenbergers Behauptungen!

Herr Dr. Kellenberger: «Der Großhandelsindex läßt sich überhaupt nicht als solcher stabilisieren.»

Tatsache: Siehe oben 1928!

Herr Dr. Kellenberger: «Wir nehmen an, Sie wollen nicht behaupten, daß, sofern nur zwei Länder ihre Preisebenen festigen, dann auch der Wechselkurs beider Länder fest bleibe, denn das wäre ein großer Irrtum. Genau so, wie die Großhandelspreise bei stabilen Kleinhandelspreisen

schwanken, so werden die Wechselkurse trotz stabiler In- und Auslandspreise schwanken.»

Tatsache ist, daß der «Sterlingsblock» seit September 1931 feste Wechselkurse unter sich hat.

Herr Dr. Kellenberger (in der Zeitschrift für Schweizer Statistik und Volkswirtschaft» in einem Aufsatz, der das Datum vom 31. März 1931 trägt — im Original von Herrn Dr. Kellenberger selber gesperrt!): Ich behaupte also, gestützt auf die praktischen Erfahrungen der Nachkriegszeit, daß in Amerika vom nächsten Sommer an eine gelinde allgemeine Preissteigerung eintritt (ich meine damit die Kleinhandelspreise, die Großhandelspreise werden ohnehin konjunkturmäßig steigen), oder daß die amerikanischen Zinssätze hinaufgehen und daß die gleichen Erscheinungen sich international, also auch in der Schweiz, geltend machen werden.»

Tatsache:

	Preisstand in den Vereinigten Staaten		Preisstand in der Schweiz		Diskont	
	Groß-handel	Lebens-kosten	Groß-handel	Lebens-kosten	U.S.A.	Schweiz
1931						
März	76,0	89,1	114	153	2,52	1,06
Juni	72,1	85,9	110	150	2,00	1,13
Sept.	71,2	85,6	106	149	2,02	1,80
Dez.	68,6	83,1	103	145	3,88	1,75

Damit bin ich am Schluß meiner Untersuchung angelangt und fasse zusammen: was Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, hier unterzeichneten und den Bürgern des Baselbietes und des Berner Oberlandes mitteilten, ist **eine beklagenswerte Irreführung des Volkes, versucht von einem wissenschaftlichen Reisläufer und unterzeichnet von — der Landesregierung, auf die das Volk gerade heute mit vollem Vertrauen blicken sollte . . . . .**

Können, dürfen Sie sichs leisten, heute, wo die Schüsse in Zürich kaum verhallt sind, wo Verzweifelnde mit dem Revolver in der Hand sich vor das Bundeshaus stellen, solche Vertreter ins Volk hinauszulassen, deren falsche Darlegungen mit schallendem Gelächter quittiert werden, wie das in Liestal der Fall war?! Mißtrauen und Haß machen sich breit — darf man da so leichtfertige, unzuverlässige Berater dulden? Vom Berater wird im Volke auf die Beratenen geschlossen!

Können, dürfen Sie sichs gestatten, in dieser grundlegenden Frage unserer wirtschaftlichen Existenz dem bösen Schein ausgesetzt zu werden, daß Sie nicht mehr verstehen als was in den Antworten an die Volksversammlungen offenbar geworden ist?

«Die Inflation ist fürchterlich — aber passen Sie auf: wenn die Deflation begonnen wird und anhält — das ist dann Moderduft, was Ihnen entgegenströmen wird, das Kind im Mutterleib wird getötet, Morde, Bürgerkrieg, Zersetzung, Fäulnis — das ist die Deflation», so ungefähr sagte mir Gesell 1923, als ich die Schrecken der Inflation in Deutschland beklagte.

Wo stehen wir heute?! Bürgerkrieg in Zürich, Mordanschlag auf Ihren Kollegen, Herrn Bundesrat Musy in Bern! Und alles ist die Folge des unaufhörlichen Preisfalls, der Unmöglichkeit, zu verkaufen, zu arbeiten, eine Folge des steigenden Druckes auf die verschuldeten Stände. **Dieser Preisfall wäre aufzuhalten, wenn man wollte** — aber es soll wohl nicht sein! Auf die Deflation läßt man dann wieder eine Inflation folgen, und das alles ist eine Unterstützung der Spekulation, schädigt dagegen die Arbeitenden.

Können, dürfen Sie in der Währungsfrage tatenlos zusehen? Ist es nicht Ihre **Pflicht**, die Nachfrage, das umlaufende Geld, in Menge und Beschaffenheit dem Angebot, den verderblichen

Waren anzupassen? Dürfen Sie es verantworten, daß ein Herr Dr. Kellenberger bei Ihnen einen größern Einfluß ausüben kann als das Lebenswerk Gesells, dessen Voraussagen sich seit 1891 immer wieder als richtig erwiesen haben? Dürfen Sie es verantworten, Ihre Unterschrift unter Briefe zu setzen, deren Inhalt nun schon beinahe jedem Bürger ein mitleidiges Lächeln über den oder die Verfasser entlockt? Dürfen Sie das in einer Zeit, wo **Führung** dem Volke not tut, in einer Zeit, wo die Verführung schon ihre Blutopfer gefordert hat?

Wir Freiwirtschafter, hochgeehrte Herren Bundesräte, kämpfen seit Jahren für das Wohl unseres Volkes, für das Wohl der Menschheit. Wir meinen es ehrlich, wir kämpfen scharf, aber wir wissen warum: es geht um das Schicksal unserer Kultur, es geht auf Leben und Tod unseres Volkes. Darum hören Sie uns an, wenn wir zu Ihnen kommen. **Prüfen Sie selbst,** verlassen Sie sich auf Ihr eigenes Urteil, denn die Geschichte wird über Sie urteilen und nicht über Ihren Experten.

Hochachtungsvoll

Fritz Schwarz.